

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/65

Bonn, den 3. April 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Eine zerrissene Partei

69

Nach dem FDP-Parteitag in Hannover

3 - 4

Unsere Kulturpolitik im Ausland (III und Schluß)

93

Eine Bilanz, die sich nicht sehen lassen kann

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

5

Nachgeholtte Versäumnisse

33

Abschluß der Untersuchungen in Schleswig-Holstein

Ehemalige Gestapo-Beamte abgeschoben

6

Wenig Begeisterung für "Achse Bonn - Paris - Madrid"

40

IPU-Frühjahrstagung auf Mallorca

Sowjets erstmals in Spanien

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunschedtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8886880

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Eine zerrissene Partei

Nach dem FDP-Parteitag in Hannover

sp - Wenn die Delegierten des FDP-Parteitages in Hannover auseinandergehen, müssen sie sich nach den vielen heißen Rededuellen eingestehen, daß sie zwar viel Wind gemacht, aber wenig Wolle gesponnen haben. Die Deutschlandpolitik, an der sich die Geister scheiden wollten, wurde in einer Weise malträtiert, daß man sich kaum des Eindrucks erwehren kann, nicht das Schicksal Deutschlands, sondern das Schicksal einiger Personen in der Führung der FDP habe dabei die entscheidende Rolle gespielt. Aus einer parteiinternen Studie, die mit Billigung des Vorstandes ausgearbeitet worden war, und aus einem Artikel wurden Steine zur Errichtung parteiinterner Mauern zwischen Links- und Rechtsliberalen, Alt- und Jungliberalen sowie konservativ und fortschrittlich Liberalen zusammengetragen. Mehr nicht!

Es ist ein Irrtum anzunehmen, auf dem FDP-Parteitag hätten nur Thesen und Antithesen zur Debatte gestanden. Was als "neu" in der Deutschlandpolitik deklariert wurde, war in Wirklichkeit die Wiederbelebung von Erinnerungen an die Auseinandersetzungen im Bundestag vor zehn Jahren. Es schien, als hätten die parteiinternen Kontrahenten diese Jahre verschlafen. Denn: Was Mende verteidigt und was Rubin vorschlägt, steht heute - international gesehen - nicht mehr zur Debatte. Was vor einigen Jahren vielleicht noch als "Preis" gewertet werden konnte und was die Anhänger Rubins zum Inhalt deutscher Politik erklärt wissen wollten, dürfte in Moskau, Warschau und sogar in Prag nur noch mitleidiges Lächeln hervorrufen. Und was Herr Mende und seine Getreuen dagegenhielten, war nichts anderes als ein verzweifelter Rückzug auf die Positionen einer falsch verstandenen Hallstein-Doktrin.

So sieht auch der Kompromiß aus, den man nach den homerischen Redeschlachten schließlich noch fand.

Es ist erstaunlich, wie sehr mitunter parteiinterne und sogar persönlich gefärbte Auseinandersetzungen den Blick für das Wesentliche trüben können.

- * Ob Herrn Mende und seinen Anhängern oder Gegnern während
- * des Parteitages bewußt geworden ist, daß sie alle in jah-
- * relanger Regierungsbeteiligung unter Adenauer und Erhard
- * stets das Gegenteil von dem taten, was sie jetzt angeb-
- * lich verurteilen?

- * Oder: Ist den Delegierten des FDP-Parteitages in Hannover
- * nicht in den Sinn gekommen, wie sehr die FDP als jahrelan-
- * ges Anhängsel der CDU/CSU dafür gesorgt hat, daß es in der
- * Bundesrepublik nur ganz selten zu einer sachlichen Be-
- * standsaufnahme der Möglichkeiten einer aktiven Deutschland-
- * politik kommen konnte?

Auch die anderen Teile des jetzt verabschiedeten "Aktionspro-
grammes" lassen die Souveränität des Unbedarften erkennen und deu-
ten an, für wie dumm man die Bürger der Bundesrepublik zu halten
scheint.

Hat die FDP nicht jahrelang den Bundesfinanzminister und Vize-
kanzler gestellt? Hat der frühere Bundesfinanzminister Bahlgren
nicht geschwiegen, als die Bundesfinanzen unter Erhard durcheinan-
der gerieten? Hat der frühere Vizekanzler und Bundesminister für ge-
samtdeutsche Fragen, Mende, nicht jedesmal gekuscht, wenn es darum
ging, innerhalb der damaligen CDU/CSU-FDP-Koalition irgendetwas
durchzusetzen, was uns von den Schlacken früherer Fehler in der
Deutschlandpolitik hätte befreien können?

Mit Profilneurose allein kann man wohl das Geschehen in Hanno-
ver nicht deuten. Hier haben verzweifelte innerparteiliche Gegner
versucht, ihren persönlichen Streit um die Führung der Partei auf
das Gebiet der Deutschlandpolitik zu transferieren. Sie richteten sich
damit selbst. Sie haben zwar mühselig den Riß in ihren Reihen ver-
deckt, aber gleichzeitig die Batterien aufgefahren, mit denen sie
sich in wenigen Monaten beschließen werden. Das aber wird weder der
FDP zu Buche schlagen, noch wird es die Deutschlandpolitik auch nur
einen Schritt voranbringen. - Genauso, wie die freie Welt nur als
politisch geschlossene Gruppierung die friedliche Auseinandersetzung
mit dem kommunistisch beherrschten Teil der Welt im Sinne der Ent-
spannung und der Sicherung des Friedens erfolgreich bestehen kann,
genauso werden die Parteien der Bundesrepublik die innerdeutschen
Probleme nur meistern, wenn sie ohne hysterische Aufschreie an die
Arbeit gehen.

Unsere Kulturpolitik im Ausland (III und Schluß)

Eine Bilanz, die sich nicht sehen lassen kann

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Die größte Crux für eine wirkungsvolle deutsche Kulturpolitik im Ausland, die sich als schwer ersetzbarer Arm unserer Außenpolitik begreift, ist der von der neuen Regierung ererbte Kompetenzwirrwarr der alten Regierung. Im Haushaltsjahr 1966 wurden im Bereich der Bundesregierung rund 800 Millionen DM für das ausgegeben, was in Paris oder London unter den Oberbegriff 'Auswärtige Kulturarbeit' fällt und z.B. von der französischen Regierung auch im Haushalt gemeinsam veranschlagt wird. In Bonn, wo man mit der durch die Teilung unseres Landes hervorgerufenen Lage ganz besonders auf eine Effektivität dieser Arbeit bedacht sein müßte, teilen sich sechs Ressorts in den Kuchen.

Das AA hat beispielsweise 1966 nur mit 230 Millionen DM partizipiert. Andere bedeutsame kulturpolitische Bereiche, wie zum Beispiel die Planung und Ausführung des deutschen Beitrags zur eben eröffneten Weltausstellung in Kanada, lagen beim Bundeswirtschaftsministerium. Daß die deutsche Stiftung für Entwicklungshilfe oder der Deutsche Entwicklungsdienst, die beide beim Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit ressortieren, heute genauso wichtige Instrumente unserer auswärtigen Kulturpolitik sind wie etwa Internationales, Goethe-Institut oder DAAD, muß endlich angesichts unbefriedigender Koordinationsregelungen laut gesagt werden.

Ein kleiner Erfolg...

Ein kleiner Koordinationserfolg scheint sich auf dem Gebiet der kulturpolitischen Public-Relationsarbeit im Ausland abzuzeichnen, wo man hoffen kann, daß das heillose Durcheinander und Gegeneinander auf dem Gebiet der Film- und Fernsehproduktion und -auswertung, das bisher innerhalb der beteiligten Ressorts in der Bundesregierung geherrscht hat, bereinigt wird, indem künftig eine Koordinationsstelle geschaffen wird, bei der alle Film- und Fernsehaufträge einzelner Bundesressorts angemeldet werden müssen. Dabei gilt es vor allem, einige Ambitionen des früheren EPA-Schoßkinds TRANSTEL zu stützen, das wegen des ihm offenbar anhaftenden Ausdehnungsdrangs für einen Teil der Doppelarbeit und der damit verbundenen Geldverschwendung verantwortlich ist.

Desgleichen erscheint es wenig sinnvoll, daß sechs verschiedene, von Haushaltsmitteln lebende Stellen praktisch ohne Programmkonsultationen deutsche Botschaften und andere Stellen mit Filmstreifen aller Art beliefern, ohne daß es bisher, von den immer wiederkehrenden Dublettenlieferungen abgesehen, eine verlässliche Auswertungs- und Erfolgskontrolle des angelieferten Materials gibt. Fachleute schätzen, daß mit den hier ins Auge gefaßten Koordinierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen bis zu 25 Prozent der bisherigen Aufwendungen eingespart werden können.

Vom Publikationssektor gilt das gleiche. Auch im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik wird einerseits zuviel Papier bedruckt, andererseits an der falschen Stelle gespart. Nach wie vor wird jährlich eine Million DM für eine deutsche Interpretation der sowjetischen

Enzyklopädie ausgegeben, ein kostspieliges, von einigen Abgeordneten begünstigtes Hobby, für dessen Existenz es im Haushalt des AA keine sachliche Rechtfertigung gibt. Ein Jahrbuch für auswärtige Kulturpolitik ist notwendig und verdienstvoll, aber es ist sicher nicht Aufgabe des AA, wie bisher mit jährlich 40 000 DM das Privatunternehmen eines Bundestagsabgeordneten zu subventionieren, dessen Kompendium überdies nur einen Teil der Meinungen zu diesem Thema wiedergegeben hat. Vielmehr sollte die Kulturabteilung daran gehen, dem ersten im Jahre 1964 erschienenen amtlichen Bericht einen zweiten folgen zu lassen, der eine exakte Übersicht über die amtlich geforderte Auslandskulturpolitik und ihre Probleme gibt. Das kann kein privates Unternehmen.

Schließlich - um bei den drängenden Problemen der gegenwärtigen amtlich geförderten Auslandskulturarbeit zu bleiben - müssen auch andere Erbschaften aus der Ära Schröder beseitigt werden.

Als der Finanzminister im November 1966 angesichts der allgemeinen Haushaltslage Ausgabebeschränkungen anordnete, blieben natürlich auch die Budgets des AA und des Bundespresse- und Informationsamtes nicht verschont. Was geschah nun? Anstatt sich mit dem Finanzminister und innerhalb der Ressorts darüber zu einigen, wo sinnvoll gekürzt werden könnte, wurde beispielsweise ab 1. Dezember 1966 die Belieferung der deutschen Kulturinstitute im Ausland mit Fachzeitschriften und Büchern gänzlich und mit Tageszeitungen und Zeitschriften zum großen Teil eingestellt.

Tödlicher Austrocknungsprozeß

Daß dieser Schildbürgerstreich die Arbeit unserer mit einem Jahresetat von rund 40 Millionen DM unterhaltenen Kulturinstitute zum größten Teil lahmlegte, zeigt, wie wenig die Verantwortlichen in diesem Bereich wirklich von ihrer Aufgabe verstanden. Fachzeitschriften vor allem sind in Europa und Übersee das Medium, das Interesse in die Leseräume unserer Kulturinstitute und damit in die Institute überhaupt bringt. Berufs- und Fachinteressen binden mehr Menschen an die deutsche Sprache und an Deutschland als alles andere. Jeder Institutsleiter hätte dem damals für diesen folgenschweren Entschluß Verantwortlichen sagen können, daß die Streichung von Programmmitteln die Funktion eines Kulturinstituts nicht so tödlich erlahmen läßt wie die Verödung des Lesezimmers. Aber weder der Chef der für die Belieferung verantwortlichen Organisation Internationale, noch der Chef der Abteilung IV, noch der verantwortliche Staatssekretär haben ernsthaft etwas unternommen, um diesen tödlichen Austrocknungsprozeß unserer Kulturinstitute zu steuern und die hier lebensnotwendigen Mittel an anderer Stelle einzusparen.

Diese Erbschaft bürokratischer Routineidylle - und sei es Sparroutine - gilt es raschestens zu steuern. Am 1. Juni 1967 sollen unsere Kulturinstitute wieder - wenn auch nicht im alten Umfang - mit Tageszeitungen, Büchern und Fachzeitschriften beliefert werden. Die Haushaltsberatungen sollten den Koalitionsfraktionen darüber die Augen öffnen; daß man sich mit diesen alten Praktiken nur ins eigene Fleisch schneidet. Es ist tröstlich zu wissen, daß Außenminister Brandt sich in nicht allzuferner Zukunft eine abschließende Bestandsaufnahme unserer amtlichen auswärtigen Kulturarbeit vorgenommen hat.

Nachgeholte Versäumnisse

Abschluß der Untersuchungen in Schleswig-Holstein

kl - Die belastete Vergangenheit hoher schleswig-holsteinischer Polizei-offiziere hat im Mittelpunkt von dreijährigen Untersuchungen gestanden, die Ende März im Kieler Landtag ihren Abschluß fanden. Die Sozialdemokraten hatten seinerzeit einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangt. Sie wollten nicht, daß die Polizei von Leuten geführt wird, die einmal im Osten bei Judenerschießungen an der Grube standen.

Es muß nach Abschluß der Affaire vor allem dem damaligen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Kai-Uwe von Hassel, der Vorwurf gemacht werden, daß er sich nicht rechtzeitig von diesen Leuten getrennt hat. Unter seiner Ära wurden die Belastungen im einzelnen bekannt und die Staatsanwälte tätig.

Wie man sich von Männern dieser Art trennen kann, zeigt sich jetzt unter Innenminister Dr. Hartwig Schlegelberger - wenn auch recht zögernd. Die vor allem zwischen dem innenpolitischen Fachmann der SPD, Gerhard Strack, und Schlegelberger ausgetragene Diskussion hat im Laufe der Zeit zu Lösungen geführt, die unter Einhaltung aller rechtsstaatlichen Normen eine Trennung von belasteten Beamten möglich machte. Das hätte von Hassel in jenen Jahren längst tun können.

Der Chef der Landespolizei, der leitende Ministerialrat Zaskowski, wurde am 1. April ins Statistische Landesamt versetzt; sein Justitiar, der Oberregierungsrat Penner in die Zivilverteidigung abgestellt. Gegen neun Oberbeamte ermittelten die Staatsanwälte mit dem Ziel des Nachweises von Morden an Juden, Polen und Russen im Osten. Sie haben das nicht nachweisen können, und alle anderen Dinge fallen unter die Verjährung. Aber keiner dieser Beamten befindet sich in Schleswig-Holstein jetzt noch im Exekutivdienst, nachdem die Sozialdemokraten im Untersuchungsausschuß gründliche Vorstellungen erhoben hatten.

Oberbeamte, die zur Beförderung anstehen, haben nunmehr auch Erklärungen über ihre dienstliche Tätigkeit während des Krieges abzugeben; eine personalpolitische Notwendigkeit, an die zu Zeiten des Regierungschefs von Hassel nicht gedacht wurde. Ein weiteres Ergebnis des Untersuchungsausschusses ist, daß ehemalige Gestapo-Beamte, die in der Kriminalpolizei sitzen, keine Chance mehr haben, befördert zu werden.

Wenig Begeisterung für "Achse Bonn - Paris - Madrid"

IPU-Frühjahrstagung auf Mallorca
Sowjets erstmals in Spanien

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Die Frühjahrstagung der Interparlamentarischen Union (IPU) in Palma de Mallorca vom 28. März bis zum 2. April 1967, an der etwa 500 Parlamentarier aus 65 Ländern teilnahmen, beriet in fünf Arbeitsgruppen so ziemlich alle Aspekte der gegenwärtigen internationalen Politik mit ihren Rückwirkungen auf die Wirtschaft und auf die Beziehungen der Völker zueinander. Einige Randerscheinungen dieser Konferenz verdienen zumindest ebenso viel Beachtung wie die gefaßten Beschlüsse.

Die Bundesrepublik war mit zehn Abgeordneten eine der stärksten Abordnungen - vier Parlamentarier der SPD, fünf der CDU/CSU und eine Abgeordnete der FDP.

Erstmals erschienen auf spanischem Boden auch Abgeordnete des Obersten Sowjets, abgesehen von den übrigen Vertretern aus den Ostblockstaaten und Jugoslawien, die zu Spanien noch keine diplomatischen Beziehungen unterhalten. In Spanien wurde es fast wie ein Symbol gewertet, daß gleichzeitig mit der IPU-Tagung das erste bulgarische Schiff seit 30 Jahren im Hafen von Barcelona festmachte und das erste Kontingent von 307 bulgarischen Touristen an Land ließ.

Die Sowjets, die auf UNO-Ebene durch Untersekretär Aleksander Nesterow in Palma vertreten waren, versuchten einen Angriff auf die USA im Zusammenhang mit dem Vietnam-Krieg - schon wurden sie auf ihren eigenen wunden Punkt, auf die Kuba-Frage, aufmerksam gemacht und mußten ihre Attacke stoppen.

Die Entwicklungsländer setzten sich mit ihrer Forderung nach "beschleunigter Entkolonialisierung" und "Verhinderung des wirtschaftlichen Neokolonialismus" durch - die neue päpstliche Enzyklika war für sie wohl die beste moralische Stütze.

Am Rande der Frühjahrstagung wurde auch der von CSU-Seite lancierte Vorschlag einer "militärischen Achse Bonn - Paris - Madrid" von interessierter Seite angesprochen. Die Reaktion aus Madrid muß auf die CSU enttäuschend gewirkt haben, denn dieser Vorschlag fand keinerlei offizielles Echo und wurde auch von spanischer Regierungseite nicht aufgegriffen. Nur die Presse-Reaktion vermittelte einen gewissen Eindruck, welche Zukunft die CSU-Anregung in Spanien finden wird: Allein die Falange-Presse griff sie breit auf, während die übrigen Zeitungen sie bewußt herunterspielten.

Die Furcht der spanischen Regierung vor einem Souveränitätsverlust ist zu groß, um ungeachtet des praktischen Werts oder Unwerts eine derartige Bündnispolitik einzugehen. Auch Adenauer hatte sich in dieser Hinsicht eine höflich verklausulierte Absage geholt.